

„Strukturierte Verantwortungslosigkeit...“

APA/epa/Panagiotou



Wer glaubt, die **Griechenland-Hilfe** sei ein gutes Geschäft, erinnere sich an Argentinien

... heißt der Titel eines Buches, das sich mit der Bankenlandschaft nach der Finanzkrise auseinandersetzt. Diesem Buch könnte ein weiterer Band mit dem Titel: „Politische Volksverdummung auf Kosten des Steuerzahlers“ nachgereicht werden. Die aktuelle Informationskultur politischer Vertreter im Umgang mit jenen, die sie letztlich zu bezahlen haben, kann dreister nicht sein.

Anleihen für Griechenland. Ein Auszug gefällig? Das Geld für Griechenland komme gar nicht vom Steuerzahler, steht in einer auflagenstarken Tageszeitung zu lesen. Die Finanzmittel dafür würden vielmehr über die Ausgabe von Bundesanleihen aufgebracht. Aha! Man ist erstaunt! Abgesehen davon, dass damit dokumentiert wird, dass der Staat die erforderlichen zwei Milliarden € (27 Milliarden Schilling) für Griechenland gar nicht hat, sondern refinanzieren muss – was ob der Budgetdebatte aber als bekannt vorausgesetzt werden darf –, stellt sich die Frage, wer diese Anleihen erwirbt? Privatanleger, Banken, Versicherungen und Pensionskassen steht zu lesen. Woher aber bekommen diese die dafür erforderlichen Geldmittel? Eben. Der für dumm gehaltene Staatsbürger

merkt, dass verschiedene „Dienstleister“ – nämlich jene, die eben erst durch Staatshilfe gerettet wurden – zwischen die Republik und den Staatsbürger geschoben werden, um aus dem Engagement für Griechenland zusätzliches Kapital in Form von Emissionsbetreuung, Beratungs-, Strukturierungs- und Vertriebskosten etc. zu schlagen.

Keine Defizitzunahme. Beruhigenderweise wird an dieser Stelle von der Politik erklärt, dass die „Anleihen für Griechenland“ das heimische De-

IHRE MEINUNG AN:

ISABELL WIDEK

isabell.widek@wirtschaftsblatt.at

fizit nicht erhöhten, weil dem Kredit schließlich die Forderung an Griechenland gegenüberstünde.

Wäre es nicht so traurig, könnte diese Erklärung einem Ergebnisprotokoll der aktuell hohen Lehrlingsdurchfallsquoten entspringen: Bonitätsprüfung, Einbringlichkeit und Forderungsbewertung sind im Fall Griechenland offenbar kein Thema.

Positiver Zinsspread. Wenn man nun glaubt, dass der Gipfel an Volksverdummung erreicht wäre, stellt weiter fest: Leihe Griechenland Geld um

fünf Prozent und refinanzieren mit zwei Prozent. Die Milchmädchenrechnung mag zwar für AgrarökonomInnen stimmen, ehemalige Argentinien-Anleihe-Besitzer werden ob solcher „Rechnungsüberlegungen“ aber sprachlos sein. Letzteren ist nämlich der Unterschied zwischen „Vermögenssubstanz“ und „Zinsertrag“ bei Anleihen im Falle eines notleidenden Staates – ohne Sicherheitsleistung Dritter – spätestens seit den frühen 90er-Jahren geläufig.

Budgetloch. Keine Auswirkung auf unser Budget: Bei einer Gesamtverschuldung von 200 Milliarden € mache das nicht viel aus. Stimmt. Aber die zusätzlichen Kosten engen den Spielraum für die lang erforderlichen eigenen ökonomischen Veränderungsprozesse enorm ein. Verwaltungsreformen, ausgabenseitige Restrukturierung, Investitionen in Zukunftstechnologien, Steuerentlastungen sowie Pensions- und Sozialversicherungsreformen rücken damit in weite Ferne.



**MANFRED
BIEGLER**
Partner
7TC Steuerberater